

# Neuer Anlauf für Wohnsitzpflicht im eigenen Wahlkreis

Die SVP-Kantonsräte Willy Gisler und Max Helbling verlangen, dass das Kantonsratswahlgesetz geändert wird. Ein erster Anlauf scheiterte 2016.

Jürg Auf der Maur

«In Gemeinden stellen sich wildfremde Kandidaten auf, die nicht dort wohnen, in der Gemeinde unbekannt sind und vor allem überhaupt keinen Bezug zur Gemeinde haben, in der sie kandidieren», ereifern sich die beiden Kantonsräte Willy Gisler (SVP, Riemenstalden) und Max Helbling (SVP, Steinerberg).

Die «Tricksereien» würden sogar so weit gehen, dass fremde «zurückgetretene Altmandatsträger» sich als «Aushängeschilder» in fremden Gemeinden aufstellen liessen. Aus diesem Grund haben die beiden eine Motion eingereicht, mit der das Kantonsratswahlgesetz so geändert würde, dass eben eine Wohnsitzpflicht im eigenen Wahlkreis besteht.

In der Tat: Ein Blick auf die Kandidierenden – etwa in Ausserschwyz – zeigt, was Gisler und Helbling bemängeln. Der Arther Andreas Marty, der während Jahren in Einsiedeln wohnte, in Arth aber nach wie vor gewählt wurde, kandidiert jetzt als Einsiedler zusammen mit seinem SP-Parteikollegen Walter Nüesch aus Goldau für einen Sitz in Feusisberg. SP-Präsidentin Karin Schwiter, selber während Jahren für Lachen im Kantonsrat, kandidiert heute als Lachnerin in Tuggen. Die Oberartherin Sonia Casadei wiederum tritt auf der Liste von SP, Grünen und Unabhängigen in Innerthal an.

Solche Kandidaturen würden letztlich die Plätze der «Einheimischen» hauptsächlich in Einerwahlkreisen bedrängen. Ein gewählter Kantonsrat müsse und solle aber seine Gemeinde abbilden, betonen die beiden Motionäre – auf Bundesebene funktionieren die



Gemeindefremde sollen im Kanton Schwyz nicht mehr zur Kantonsratswahl antreten dürfen, verlangen die SVP-Kantonsräte Willy Gisler und Max Helbling.

Bild: Jürg Auf der Maur

gut. Dort seien die Interessen «fair» und «angemessen» vertreten.

Luka Markic, früherer SP-Kantonsrat und jetziger SP-Sekretär, wehrt sich. «Schon das Kantonsratswahlgesetz von 1906 sah keine Wohnsitzpflicht vor», sagt er. Das Volk sei mündig genug, seine Kantonsräte zu wählen. Der Vergleich mit den Nationalratswahlen hänge ebenfalls, so Markic. «SVP-Nationalrätin Martullo-Blocher wohnt im Kanton Zürich, ist aber für den Kanton Graubünden in der grossen Kammer.»

**Der erste Anlauf 2016 scheiterte an einer SVP-Stimme**

«Unterstützt» wird der SP-Sekretär von der Regierung, die 2016 gleich ar-

gumentierte. Damals forderte Helbling, zusammen mit zwei anderen Kantonsräten, bereits die Wohnsitzpflicht, scheiterte aber – ausgerechnet wegen einer Nein-Stimme aus der SVP-Fraktion – im Rat auf Antrag der Regierung. Diese wies darauf hin, dass es bei Wohnsitzpflicht jedes Mal zu Neuwahlen käme, wenn ein Kantonsratsmitglied umziehe. Schon 2016 kandidierten insgesamt 13 Personen in Wahlkreisen, in denen sie nicht Wohnsitz hatten.

«Passiert» ist wenig: Gewählt wurden lediglich Andreas Marty im Wahlkreis Arth, der damals bereits in Einsiedeln wohnte, und Matthias Kessler, der für die Mitte Ingenbohl antrat, aber in

«Das Volk fühlt sich so nicht ernst genommen.»

Max Helbling  
SVP Steinerberg

Schwyz wohnte. Das zeige, «dass die Befürchtungen der Motionäre unbegründet» sind, entschieden doch letztlich die Stimmberechtigten selbst, ob sie «Fremde» wählen wollen oder nicht.

Max Helbling lässt sich nicht beirren: «Im Grundsatz haben wir die Forderung schon 2016 gestellt. Aber es wird immer schlimmer», ist er überzeugt. Für ihn ist klar: «Das Volk fühlt sich so nicht ernst genommen.»

Die Lust, «Fremde» zu wählen, ist aber gering. 2016 wurde Max Helbling mit 191 Stimmen in Steinerberg gewählt, während die «fremde» Kandidatin Selina Studer (Oberarth) lediglich 49 Stimmen erzielte.

## KI entlastet jetzt auch den Sesselbahnbetrieb

**Goldau** Ein weiterer Meilenstein für Doppelmayr/Garaventa: Ihr KI-Betriebssystem Auro (Autonomous Ropeway Operation) erhält in der Schweiz und in Österreich nun auch die Betriebsbewilligung für Sesselbahnen.

Mit der Einführung von Auro-Kabinenbahnen habe die Doppelmayr-Gruppe bereits 2020 die Weichen für die Zukunft der Seilbahnmobilität gestellt, schreibt das Seilbahnunternehmen in einer Mitteilung. Mit Auro für Sesselbahnen gehe das Unternehmen in Sachen autonomer Seilbahnmobilität nun den nächsten Schritt. In der Schweiz und in Österreich haben die zuständigen Behörden jetzt die Betriebsbewilligung erteilt.

**Fachkräftemangel kann entschärft werden**

Bei Auro-CLD kommt die KI-gestützte Bildverarbeitung von Mantis Ropeway Technologies, einem in Zürich ansässigen Start-up, zum Einsatz. Der Entwicklungspartner von Doppelmayr ist mit seiner Software in der Lage, Bild- und Videodaten in Echtzeit zu analysieren, zu bewerten und automatische Handlungen abzuleiten. Das System erkennt somit Gefahrensituationen im Ausstiegsbereich an der Bergstation in Sekundenbruchteilen und entscheidet selbstständig, ob die Anlage weiterfahren kann, verlangsamt oder abgeschaltet wird.

Ganz ohne Personal lassen sich aber auch autonome Sesselbahnen nicht betreiben. Wie bei Auro für Kabinenbahnen erfolgt die Störungsbehebung noch durch eine Person aus dem Ropeway Operation Center in der Talstation oder in einem separaten Gebäude. Diese kann aber mehrere Anlagen gleichzeitig betreuen, was den Personalbedarf einer Standardanlage um bis zu 50 Prozent reduziert. Neben dieser Kostenersparnis und einer Entschärfung des Personalmangels erhöht Auro auch die Sicherheit: Das System erkennt Gefahren blitzschnell dank einer guten Übersicht durch verschiedene Kamerablickwinkel und wird nicht müde und unaufmerksam. (pd/nad)

## Mehr Frauen in die Politik: Eine Plattform soll helfen

Der Frauenanteil im Kanton Schwyz ist sowohl im Kantons- als auch im Regierungsrat tief. Eine neue Website soll nun Abhilfe schaffen.

Michel Wassner

Kurz vor Weihnachten wurde im Kanton Schwyz die neue Online-Plattform «demokratin.ch» lanciert (wir berichteten). Das Motto: «Frauen. Politik. Schwyz.» Das Ziel: «Frauen im Kanton Schwyz für die Politik zu begeistern und Kandidatinnen sowie Amtsträgerinnen sichtbar zu machen.» Der Grund: Frauen sind in der Schwyzer Politik untervertreten, in keinem Kantonsparlament ist der Anteil tiefer. Es sind 14 Frauen bei 100 Sitzen, also 14 Prozent.

Die Rechnung in der Politik ist einfach: Je mehr Frauen kandidieren, desto mehr werden gewählt. Deshalb, so ist auf «demokratin.ch» zu lesen, werde allen Kandidatinnen der kommenden Kantons-, Regierungs-, Bezirks- und Gemeinderatswahlen die Möglichkeit gegeben, sich auf der Plattform vorzustellen – unabhängig von Parteizugehörigkeit, Alter und Lebenssituation. Katja Aldi, Präsidentin Frauennetz Kanton Schwyz, bestätigt: «Wie bereits das Frauennetz ist auch diese Plattform überparteilich.»

Ob die Nutzung der Plattform bereits einen Einfluss auf die Regierungs- und Kantonsratswahlen am 3. März haben werde, könne noch nicht abgeschätzt werden, heisst es vonseiten der

Betreiberinnen. Aber: «Wir möchten allen Kandidatinnen eine Plattform bieten und rechnen damit, dass die Frauen dadurch auch untereinander sichtbarer werden.»

Das Projekt «demokratin.ch» ist ein längerfristiges. Aldi: «Wir möchten auch während der Legislatur mit Anlässen und Austausch die Frauen in der Politik stärken.» So sei zum Beispiel ein runder Tisch mit amtierenden Politikerinnen geplant. All das braucht Engagement. Sowohl Lisa Kneubühler, Medienverantwortliche beim Frauennetz Kanton Schwyz und Kommunikationsexpertin, als auch Katja Aldi, selbständige Grafikdesignerin, arbeiten ehrenamtlich. Die Startkosten hat das Frauennetz Kanton Schwyz getragen.

Dass sich der Aufwand lohnt, zeigen erste Rückmeldungen. Die Plattform ist seit einem Monat online. Aldi: «Wir freuen uns riesig, dass die Website sofort Anklang gefunden hat. Wir dürfen täglich neue Besucherinnen und Besucher auf unserer Website begrüßen und zählen schon über 300 Aufrufe innert 29 Tagen.» Das Feedback auf die Plattform betreffend Layout, Bedienbarkeit und Nutzungserfahrungen sei bisher durchwegs positiv. Die Möglichkeit, alle bisherigen Frauen zu sehen, finde grossen Anklang. «Auch die



Katja Aldi präsidiert das Frauennetz Kanton Schwyz. Bild: PD

Funktion, nach seiner eigenen Gemeinde zu sortieren und nach Parteien zu filtern, lädt zum Entdecken ein.» Ob sich «demokratin.ch» langfristig bewährt und tatsächlich einen Unterschied macht, wird sich zeigen.

**«Frauen hinterfragen ein Amt sehr stark»**

Katja Aldi ist Präsidentin des Frauennetzes Kanton Schwyz. Im Interview erklärt sie die Hintergründe, warum es

überhaupt eine Plattform wie «demokratin.ch» braucht. Die Probleme sind so alt wie ungelöst.

**Bezüglich politischen Engagements heisst es oft, Frauen würden sich diverse Ämter nicht zutrauen. Was meinen Sie: Ist das so?**

**Katja Aldi:** Ich glaube, Frauen hinterfragen ein Amt sehr stark, bevor sie es annehmen. Nach wie vor hängt sehr viel Care-Arbeit an den Frauen, zudem sind sie berufstätig und auch im Haushalt meist die treibende Kraft. Ein politisches Amt bedeutet dann auch, dass entsprechende Entscheidungen und Unterstützungen in der Familie geklärt werden müssen.

**Tatsächlich liegt in keinem Kantonsparlament der Frauenanteil tiefer als im Schwyzer Kantonsrat. Eine Vermutung, woran das liegt?**

Die Gründe sind vielschichtig. Zum einen fehlt es an weiblichen Vorbildern und der Möglichkeit zum Austausch unter Gleichgesinnten. Deshalb haben wir die Plattform «demokratin.ch» gegründet, mit der wir den Austausch zwischen Amtierenden und Interessierten fördern und so Frauen einen niederschweligen Zugang zur Politik ermöglichen.

**Abgesehen vom Ständerat (50 Prozent), ist der Frauenanteil im Regierungsrat (14 Prozent), Kantonsrat (14 Prozent), Bezirksrat (29 Prozent) und Gemeinderat (26 Prozent) weit entfernt von einer repräsentativen Vertretung der weiblichen Bevölkerung. Was muss getan werden?**

Um den Frauenanteil zu erhöhen, müssen alle Verantwortung übernehmen – Arbeitgeberinnen müssen Strukturen schaffen, die es Frauen ermöglichen, ein politisches Amt wahrzunehmen, die Care-Arbeit muss geregelt werden, und am Ende liegt es an uns Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, dass wir mehr Frauen in politische Ämter wählen. Frauen haben andere Bedürfnisse und andere Herausforderungen. Diese müssen gehört werden. So profitiert die ganze Gesellschaft – von einem Miteinander.

**Wobei: Dass mit Petra Gössi eine Ständerätin den Kanton vertritt, ist eigentlich konträr zur weiblichen Vertretung in den anderen Exekutiven und Legislativen ...?**

Wir sind sehr stolz, dass mit Petra Gössi die erste Frau überhaupt im Kanton Schwyz den Sprung in den Ständerat geschafft hat.